

## Editorial

Der zweite Jahrgang der „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften“ (ZSE) stand unter dem Vorzeichen erheblicher Veränderungen der nationalstaatlichen wie der europäischen Politik. Während die Osterweiterung die „Teilung des Kontinents“ zumindest formal beendete und mit der Verabschiedung des Europäischen Verfassungsvertrages der weiteren EU-Entwicklung ein (vorläufiger) Rahmen gegeben wurde, suchte man in den Nationalstaaten Europas über eine ubiquitär beschworene „Reformpolitik“ vor allem finanziellen Knappheiten und sich verstärkenden Verteilungskämpfen zu begegnen. Trotz weitgehender Einigkeit in den Zielen („Modernisierung“ tradierter Regierungs- und Verwaltungssysteme, „Vereinfachung“ von Verfahren und Entscheidungsprozessen, „innovative“ Wirtschafts- und Sozialpolitiken) differierten die verfolgten Ansätze beträchtlich – je nach sozioökonomischem Kontext und innenpolitischer Ausgangssituation, ein Ergebnis, das die Erwartung einer europäisch induzierten „Konvergenz“ im Sinne der Lissabon-Agenda ebenso enttäuschte wie Hoffnungen auf wechselseitige Lernprozesse. Zwar ist offensichtlich, dass der „Blick zum Nachbarn“ zunehmend an Bedeutung gewinnt, doch erweist sich auch dieser als voraussetzungsvoll, zumal Verfassungstraditionen, Rechtskulturen und ihnen folgende politisch-administrative Routinen um vieles prägender sind als angenommen. In Deutschland dokumentierte nicht zuletzt das für alle Beteiligten überraschende Scheitern der „Bundesstaatskommission“, dass selbst moderate und bis zuletzt konsensfähig erscheinende Reformmaßnahmen ein Minimum an politischem Handlungs- und Verständigungswillen voraussetzen.

Die zentralen Agenden des Jahres 2004 sind mithin nicht abgeschlossen, sondern setzen sich gleichsam nahtlos fort. Mit Blick auf die Bundesrepublik gilt dies nicht nur für die unabweisbare Föderalismusreform, sondern auch für den politisch-administrativen Vollzug beschlossener Strukturanpassungen, etwa im Bereich der sozialen Sicherung. Im Rahmen der Europäischen Union sind es, neben der Ratifizierung des Verfassungsvertrages, weitere Beitrittsverhandlungen, die der Frage nach der territorialen wie politischen „Finalität“ des Integrationsprozesses Brisanz verleihen. Hinzu treten die absehbar kontroversen Positionen im

Vorfeld der „Agenda 2007“, aber auch die Fortentwicklung weniger „spektakulärer“, gleichwohl aber konsequenzreicher EU-Politiken (die Bereiche Binnenmarkt und Innere Sicherheit als Beispiele benannt).

Vor diesem Hintergrund bietet sich den Staats- und Europawissenschaften ein unverändert „weites Feld“ – vorausgesetzt, sie lassen sich weniger exogen als bislang bestimmen, weiten ihre empirisch-analytische Kompetenz aus und ergänzen primär normative um funktionsorientierte Zugänge. Gerade Letzteres erweist sich noch immer als Engpass, sei es aufgrund eines überholten *sui generis*-Verständnisses der ablaufenden „Europäisierung“ oder aber einer thematischen Engführung, die sich inzwischen verbieten sollte. So reduzieren sich sozialwissenschaftliche Untersuchungen nicht selten auf den „Nachvollzug“ längst umgesetzter Politiken (nach dem Muster: eine Richtlinie – zwei Mitgliedstaaten – strukturelle, prozessuale und sektorspezifische Wirkungen) oder beschränken sich rechtswissenschaftliche Beiträge auf dogmatische Erörterungen und damit einhergehende präskriptive Empfehlungen, etwa zur Form und Funktion der „Europäischen Verfassung“. Solchen disziplinären „Einseitigkeiten“ produktiv entgegenzuwirken, bleibt Aufgabe dieser Zeitschrift: über die Zusammenführung nationalstaatlicher und europabezogener Untersuchungen, den Ausweis „grenzüberschreitender“ Themenfelder, analytische Innovationen und – nicht zuletzt – den Dialog zwischen Wissenschaft und politisch-administrativer Praxis.

Dass die ZSE in diesem Kontext zu einer wichtigen Stimme geworden ist, nehmen wir dankbar zur Kenntnis. Ein Beleg hierfür mag die steigende Zahl der Manuskripteingänge sein, aber auch die erfreuliche Entwicklung der Abonnentenzahl. Angesichts des darin zum Ausdruck kommenden Interesses entschieden Verlag und Herausgeber, die Zeitschrift einem breiteren Publikum zu öffnen, den Anteil an englisch- und (gelegentlich) französischsprachigen Beiträgen auszuweiten und diesen Anspruch in einem entsprechenden Untertitel zu dokumentieren. Dass die deutsche Sprache das primäre Medium bleibt, ist selbstverständlich und bedarf, so hoffen wir, keiner Begründung.

Das inhaltliche Programm der ZSE wird auch 2005 vornehmlich durch strukturelle wie aktuelle Probleme der nationalstaatlichen und europäischen Politik bestimmt. Beschäftigt sich das vorliegende Heft im „Forum“ wie in der „Dokumentation“ mit dem Stand und Zustand des deutschen Föderalismus, werden im Laufe des Jahres weitere innenpolitische Schlüsselfragen analysiert und diskutiert, von der Reform des öffentlichen Dienstrechts über den Vollzug des Zuwanderungsgesetzes bis hin zu den erkennbaren Konsequenzen der demographischen Entwicklung. Dass dabei international-vergleichende Untersuchungen einbezogen werden, ist selbstverständlich.

Mit Blick auf EU-orientierte Themenstellungen kommt es zu einer Untersuchung offener Fragen des Binnenmarktes, gilt einer europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik das gesonderte Interesse und finden sich kritische Analysen zur türkischen Reformpolitik unter dem Aspekt der Beitrittskonditionalität. Schließlich diskutieren Herausgeber und Redaktion, angesichts der Brisanz der Ressourcenfrage der Finanzierung öffentlicher Aufgaben das diesjährige Themenheft zu widmen.

Für den Leserkreis mag schließlich von Interesse sein, dass sich mit zahlreichen der im Rahmen der ZSE angesprochenen Fragen Forschungs- und Beratungsschwerpunkte des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften (ISE) verbinden. Dies gilt inzwischen nicht nur für strukturelle und aktuelle Probleme der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, sondern auch für darüber hinausgehende Entwicklungsperspektiven, bis hin zu einem großflächigen Vergleich zur Rolle und Funktion des öffentlichen Sektors in der EU und Ostasien.

Mit *Wolfgang J. Mommsen* hat der Herausgeberkreis der ZSE im vergangenen Jahr einen seiner führenden Vertreter verloren. Wir nehmen Abschied von einem Historiker von Rang, danken einem in jeder Hinsicht verlässlichen Freund und bewahren die Erinnerung an zahllose Gespräche, die wir mit ihm nicht zuletzt als *Robert von Mohl*-Gastprofessor in Berlin führen durften. *Wolfgang Mommsens* Platz im Herausgeberkollegium bleibt zunächst unbesetzt, erst zu Beginn des kommenden Jahres wird, im Zuge weiterer Veränderungen im Herausgeberkreis, *Paul Nolte* an seine Stelle treten.